

Amtsblatt

für den Landkreis Märkisch-Oderland



24. Jahrgang

Seelow, den 22.05.2017

Nr. 4

Seite

Bekanntmachungen des Landkreises Märkisch-Oderland

Beschlüsse des Kreisausschusses vom 26.04.2017	2
Beschlüsse des Kreistages vom 17.05.2017	2
Bekanntmachung der Ersten Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung des Landkreises Märkisch-Oderland (1. Abfallentsorgungsänderungssatzung - 1. AEÄSMOL 2017) vom 17.05.2017	3
Bekanntmachung der Satzung des Landkreises Märkisch-Oderland zur Schülerbeförderung (Schülerbeförderungssatzung) vom 17.05.2017	4

Bekanntmachungen anderer Stellen

Öffentliche Bekanntmachung nach § 41 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) des Wasser- und Bodenverbandes „Welse“ - Gewässerunterhaltungsarbeiten	14
Bekanntmachung des Gesamthaushaltes des Wasser- und Bodenverbandes „Welse“ für das Jahr 2017	14
Impressum	16

Bekanntmachungen des Landkreises Märkisch-Oderland

Beschlüsse des Kreisausschusses vom 26.04.2017

Am 26.04.2017 führte der Kreisausschuss seine 20. Sitzung durch.

Der Kreisausschuss
bereitete die 23. Sitzung des Kreistages Märkisch-Oderland für den 17.05.2017 vor.

Beschlüsse des Kreistages vom 17.05.2017

Am 17.05.2017 führte der Kreistag seine 23. Sitzung durch.

Der Kreistag nahm
eine Information des Landrates zur aktuellen Situation im Landkreis
entgegen.

Der Kreistag
beschloss
den Jugendförderplan 2017 für den Landkreis Märkisch-Oderland
(Beschlussvorlage Nr. 2016/KT/266; Beschluss Nr. 2017/KT/231-23)

die Neufassung der Schülerbeförderungssatzung des Landkreises MOL zum 20.07.2017
(Beschlussvorlage Nr. 2017/KT/310; Beschluss Nr. 2017/KT/232-23)

die Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung des Landkreises MOL
(Beschlussvorlage Nr. 2017/KT/313; Beschluss Nr. 2017/KT/233-23)

den Auftrag für das LOS 15 – Außenanlagen für den Erweiterungsbau des Einstein-
Gymnasiums Neuenhagen b. Berlin an die Tief-, Straßenbau und Umwelt GmbH Müncheberg
zu vergeben (Beschlussvorlage Nr. 2017/KT/307; Beschluss Nr. 2017/KT/234-23)

den Zuschlag für den grundhaften Ausbau der Kreisstraße K6412, OD Altreetz an die
Oevermann Verkehrswegebau GmbH, Niederlassung Eisenhüttenstadt zu erteilen; der
Zuschlag wird unter der Voraussetzung erteilt, dass bis zum Ablauf der vergaberechtlichen
Zuschlags- und Bindefrist der Fördervertrag geschlossen wird; andernfalls wird der Landrat
ermächtigt das Vergabeverfahren aufzuheben
(Beschlussvorlage Nr. 2017/KT/317; Beschluss Nr. 2017/KT/235-23)

den Zuschlag für den grundhaften Ausbau der Kreisstraße K6409, OD Platkow an die
STRABAG AG, Frankfurt (Oder) zu erteilen; der Zuschlag wird unter der Voraussetzung
erteilt, dass bis zum Ablauf der vergaberechtlichen Zuschlags- und Bindefrist der
Fördervertrag geschlossen wird; andernfalls wird der Landrat ermächtigt das
Vergabeverfahren aufzuheben
(Beschlussvorlage Nr. 2017/KT/318; Beschluss Nr. 2017/KT/236-23)

die Abberufung und Neuberufung von Abgeordneten in Aufsichtsgremien der
Beteiligungsunternehmen des Landkreises
(Beschlussvorlage Nr. 2017/KT/316; Beschluss Nr. 2017/KT/238-23)

Der Kreistag

berief Herrn Olaf Kaupat als übriges weiteres Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse MOL ab und wählte Herrn Karsten Ilm als übriges weiteres Mitglied (Beschlussvorlage Nr. 2017/KT/293; Beschluss Nr. 2017/KT/237-23)

berief

Herrn Arno Leye als sachkundigen Einwohner des Bildungsausschusses ab und berief Frau Ulrike Wagner als sachkundige Einwohnerin (Antrag Nr. 2017/KT/295; Beschluss Nr. 2017/KT/239-23)

Herrn Christian Klahr als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Integration

(Antrag Nr. 2017/KT/314; Beschluss Nr. 2017/KT/240-23)

Frau Martina Wache als sachkundige Einwohnerin in den Haushalts-, Finanz- Rechnungsprüfungsausschuss

(Antrag Nr. 2017/KT/315; Beschluss Nr. 2017/KT/241-23)

Bekanntmachung der Ersten Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung des Landkreises Märkisch-Oderland (1. Abfallentsorgungsänderungssatzung -1. AEÄSMOL 2017) vom 17.05.2017

Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung des Landkreises Märkisch-Oderland (1. Abfallentsorgungsänderungssatzung -1. AEÄSMOL 2017) vom 17.05.2017

Aufgrund § 3 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.07.2014 (GVBl. I Nr. 32) und § 8 Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) vom 06.06.1997 (GVBl. I S. 40), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 7 des Gesetzes vom 25.01.2016 (GVBl. I Nr. 5), hat der Kreistag des Landkreises Märkisch-Oderland in seiner Sitzung am 17.05.2017 die folgende erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung des Landkreises Märkisch-Oderland beschlossen:

Artikel 1 Änderung der Abfallentsorgungssatzung des Landkreises Märkisch-Oderland 2017

Die Satzung über die Abfallentsorgung des Landkreises Märkisch-Oderland vom 14.12.2016, veröffentlicht im Amtsblatt für den Landkreis Märkisch-Oderland Nr. 6 vom 20.12.2016, S. 4 wird wie folgt geändert.

1. § 17 Abs. 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Im Satz 4 wird „bis zum 31.03.2017“ gestrichen und die Wörter „ALBA Südost-Brandenburg GmbH“ durch die Wörter „ALBA Berlin GmbH“ ersetzt.
 - b) Im Satz 5 wird „bis zum 31.03.2017“ gestrichen und die Wörter „ALBA Südost-Brandenburg GmbH“ durch die Wörter „ALBA Berlin GmbH“ ersetzt.

2. § 18 Abs. 5 wird wie folgt geändert:

Im Absatz 5 wird „bis zum 31.03.2017“ gestrichen und die Wörter „ALBA Südost-Brandenburg GmbH“ durch die Wörter „ALBA Berlin GmbH“ ersetzt.

3. § 26 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

Im Satz 2 wird „bis zum 31.03.2017“ gestrichen und die Wörter „ALBA Südost-Brandenburg GmbH“ durch die Wörter „ALBA Berlin GmbH“ ersetzt.

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.04.2017 in Kraft.

Seelow, den 18.05.2017

G. Schmidt
Landrat

Bekanntmachung der Satzung des Landkreises Märkisch-Oderland zur Schülerbeförderung (Schülerbeförderungssatzung) vom 17.05.2017

Satzung des Landkreises Märkisch-Oderland zur Schülerbeförderung (Schülerbeförderungssatzung) vom 17.05.2017

Aufgrund der §§ 3 und 28 Abs. 2 Nr. 9 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10.07.2014 (GVBl. I Nr. 32) und des § 112 des Gesetzes über die Schulen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Schulgesetz – BbgSchulG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 02.08.2002 (GVBl. I S. 78), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Januar 2016 (GVBl. I Nr. 5), hat der Kreistag des Landkreises Märkisch-Oderland auf seiner Sitzung am 17.05.2017 die folgende Satzung des Landkreises Märkisch-Oderland zur Schülerbeförderung (Schülerbeförderungssatzung) beschlossen:

§ 1 Grundsatz

Der Landkreis Märkisch-Oderland (nachfolgend Landkreis genannt) ist gemäß § 112 des Brandenburgischen Schulgesetzes (im Folgenden BbgSchulG) Träger der Schülerbeförderung für den Besuch von Schulen in öffentlicher Trägerschaft und von Ersatzschulen. Er befördert die Schüler oder gewährt nach Maßgabe dieser Satzung einen Zuschuss zu den Kosten der Schülerbeförderung.

Die Satzung findet keine Anwendung auf Schüler von Ergänzungsschulen (i.S. § 125 BbgSchulG).

§ 2

Begriffsbestimmungen

(1) Auf den Begriff **Wohnung** im Sinne dieser Satzung finden die §§ 20, 21, 22 und 32 des Bundesmeldegesetzes (BMG) Anwendung.

(2) Die **notwendige Beförderung** im Sinne dieser Satzung ist die Beförderung von Schülerinnen und Schülern (nachstehend Schüler genannt) vom Wohnhaus zur Schule und zurück, wenn dies den Bedingungen des § 4 dieser Satzung genügt. Bei einer Unterbringung in einem Internat/Wohnheim tritt dieses an die Stelle des Wohnhauses.

(3) Die **notwendigen Schülerfahrtkosten** sind die Kosten, die bei Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch die Beschaffung des preisgünstigsten notwendigen Fahrscheins zum Erreichen der zuständigen oder nächsterreichbaren Schule entstehen. Bei Nutzung eigener Fahrzeuge sind notwendige Schülerfahrtkosten die durch die kürzeste öffentliche Wegstrecke zwischen dem Wohnhaus und der zuständigen oder nächsterreichbaren Schule erstattungsfähigen Kosten gemäß § 8 dieser Satzung. Bei einer Unterbringung in einem Internat/Wohnheim tritt dieses an die Stelle des Wohnhauses.

(4) **Unterricht** im Sinne dieser Satzung ist der Unterricht, der an den Schulen im Rahmen der gesetzlichen Schulpflicht stattfindet. Als Unterricht gilt auch das auf der Grundlage des verbindlichen Lehrplanes durchzuführende Schülerbetriebspraktikum sowie ein Angebot des Praxislernens ab der Jahrgangsstufe 9 an Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“, das außerhalb der Schule durchgeführt wird. Nicht zum Unterricht gehören alle sonstigen Veranstaltungen, insbesondere die Teilnahme an Betriebsbesichtigungen, Exkursionen, Jahresausflügen, Schulferien, Schullandheimaufenthalten, Studien- oder Theaterfahrten, Ferienhortbetreuung, Hortbetreuung, Projekttagen, Probeunterricht, Fahrten in Freistunden sowie Einstiegsqualifizierungen und Berufsvorbereitungskurse, die durch die Bundesagentur für Arbeit gefördert werden.

(5) **Nächsterreichbare Schule** ist die mit dem geringsten Aufwand an Schülerfahrtkosten erreichbare Schule in öffentlicher Trägerschaft der gewählten Schulform (unabhängig von den Fremdsprachen-, Kurs- und Ganztagsangeboten), Spezialschule oder Spezialklasse. Beim Besuch einer Schule in freier Trägerschaft ist die nächsterreichbare Schule die mit dem geringsten Aufwand an Schülerfahrtkosten erreichbare Schule der gewählten Schulform in öffentlicher oder freier Trägerschaft (unabhängig von den Fremdsprachen-, Kurs- und Ganztagsangeboten.)

Bei Schulwechsel innerhalb von freien Schulen gilt als nächsterreichbare Schule die mit dem geringsten Aufwand an Schülerfahrtkosten erreichbare Schule in freier Trägerschaft der gewählten Schulform, sofern der Schüler diese Schule tatsächlich besucht hat.

Dies können auch Schulen sein, deren Besuch auf Grund § 4 (1) dieser Satzung keine zuschussfähigen Schülerfahrtkosten verursachen.

Wird eine Ersatzschule besucht, so gilt diese als nächsterreichbare Schule, soweit hierdurch gegenüber dem Besuch der Schule in öffentlicher Trägerschaft geringere oder gleiche Schülerfahrtkosten verursacht werden. Konnte ein Schüler an der nächsterreichbaren Schule der gewählten Schulform nicht aufgenommen werden, so bleibt diese Schule bei der Bestimmung der nächsterreichbaren Schule im Sinne dieser Satzung außer Betracht. Dies gilt jedoch in der Regel nicht in solchen Fällen, in denen der Schüler selbst die Ursache für die Nicht-Aufnahme gesetzt hat (z.B. Umzug); in diesem Falle besteht höchstens Anspruch auf Schülerbeförderung bis Ende des laufenden Schuljahres verbunden mit der Verpflichtung, zum nächstmöglichen Zeitpunkt an die nächsterreichbare Schule der gewählten Schulform zu wechseln.

Für den Besuch einer Waldorfschule gilt für die Jahrgangsstufen 1 bis 6 die mit den geringsten Schülerfahrtkosten erreichbare Grundschule in öffentlicher Trägerschaft als zuständige Schule. Für die Jahrgangsstufen 7 bis 12 gilt dies entsprechend für die mit den geringsten Kosten nächsterreichbare Oberschule in öffentlicher Trägerschaft. Für die Jahrgangsstufe 13 ist die mit den geringsten Kosten nächsterreichbare Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe maßgeblich.

Wird ein Schüler im Wege einer Ordnungsmaßnahme im Sinne von § 64 Absatz 2 Nr. 4 BbgSchulG durch das Staatliche Schulamt von der bisher besuchten nächsterreichbaren Schule an eine weiter entfernt liegende Schule verwiesen, so hat der Schüler oder dessen Personensorgeberechtigter weiterhin nur Anspruch auf Erstattung der Schülerfahrtkosten zu dieser nächsterreichbaren Schule. Die dadurch zusätzlich entstehenden Schülerfahrtkosten sind selbst zu tragen. Es besteht kein Anspruch auf Einrichtung eines Schülerspezialverkehrs.

(6) **Zuständige Schule** ist die Schule, für die nach § 106 BbgSchulG ein Schulbezirk bestimmt ist. Sind mehrere Schulen als zuständige Schulen für einen Schulbezirk definiert, gelten die Regelungen des § 2 (5) Satz 1 und 2 dieser Satzung. Gestattet das Staatliche Schulamt (z.B. gemäß § 106 (4) Satz 3 BbgSchulG) den Besuch einer anderen als der zuständigen bzw. nächsterreichbaren Schule, begründet dies nicht einen Anspruch auf Schülerbeförderung.

(7) **Schulweg** ist der kürzeste verkehrübliche Fußweg zwischen der Gebäudeeingangstür des Wohnhauses und dem nächstgelegenen nutzbaren Eingang der zuständigen Schule bzw. der nächsterreichbaren Schule, unabhängig davon, auf welche Weise der Schulweg tatsächlich zurückgelegt wird. Bei einer Unterbringung in einem Internat/Wohnheim tritt dieses an die Stelle der Wohnung.

(8) **Schülerspezialverkehr** ist die Beförderung von Schülern vom Wohnhaus oder einer Sammelstelle zur Schule und zurück durch die vom Landkreis ausschließlich zu diesem Zweck vertraglich gebundenen Unternehmen.

§ 3 Anspruchsberechtigung

(1) Der Anspruch auf die notwendige Beförderung oder die Gewährung eines Zuschusses zu den notwendigen Schülerfahrtkosten besteht nach Maßgabe dieser Satzung für die Teilnahme am Unterricht

1. der allgemein bildenden Schulen,
2. der beruflichen Schulen mit Ausnahme der Fachschulen.

Der Anspruch besteht für Schüler, die ihre Hauptwohnung im Gebiet des Landkreises haben. Es besteht grundsätzlich kein Anspruch auf Beförderung oder Zuschuss von einem Nebenwohnsitz. Bei Schülern der beruflichen Schulen mit einem Berufsausbildungs- oder Arbeitsverhältnis tritt die im Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag benannte Ausbildungs- oder Arbeitsstätte an die Stelle der Wohnung.

(2) Anspruchsberechtigt sind hinsichtlich des Beförderungsanspruchs nach § 10 die Schüler. Hinsichtlich der Gewährung des Zuschusses nach den §§ 8 und 9 sind bei minderjährigen Schülern die Antragsteller, soweit sie die Kosten der Schülerbeförderung tragen, ansonsten die volljährigen Schüler oder die Auszubildenden i.S. § 8 Abs. 6 anspruchsberechtigt.

(3) Ausländische Schüler, die sich befristet bei Gasteltern im Landkreis Märkisch-Oderland aufhalten und in dieser Zeit eine Schule besuchen (Gastschüler), werden den im Absatz 1 Satz 2 genannten Schülern gleichgestellt.

§ 4 Mindestentfernungen

(1) Der Anspruch auf Schülerbeförderung und auf Gewährung eines Zuschusses zu den Schülerfahrtkosten ist ausgeschlossen, wenn der Schulweg eine Länge von

1. 2 km bei einem Schüler der 1. – 6. Jahrgangsstufe,
2. 4 km bei einem Schüler der 7. – 10. Jahrgangsstufe,
3. 8 km bei einem Schüler der Sekundarstufe II nicht erreicht.

Für Schüler der Sekundarstufe I besteht der Anspruch auf Schülerbeförderung oder auf Gewährung eines Zuschusses zu den Schülerfahrtkosten zum Erreichen der Schülerbetriebspraktikumsstätte bzw. Ort des Praxislernens nur für eine Länge des Schulweges bis zu 40 km (einfache Entfernung).

(2) Die Beförderungspflicht oder der Zuschussanspruch bestehen unabhängig von der Entfernung, wenn der Schüler wegen einer dauernden oder vorübergehenden Behinderung den Schulweg nicht ohne Benutzung eines Verkehrsmittels zurücklegen kann oder der Weg mit besonderen Gefahren für die Sicherheit und Gesundheit verbunden ist. Die im Straßenverkehr üblicherweise auftretende Gefahr gilt nicht als besondere Gefahr im Sinne dieser Satzung; auch nicht fiktive Gefahren, die einem Schüler nur dann drohen, wenn er den Schulweg tatsächlich zu Fuß zurücklegen würde, während er in Wirklichkeit (etwa in der Sekundarstufe II bei einer Länge von 4-7,99 km) regelmäßig öffentliche Verkehrsmittel oder ein Privatfahrzeug nutzt.

§ 5 Förderfähige Beförderungsarten

(1) Der anspruchsberechtigte Schüler hat vorrangig öffentliche Verkehrsmittel (im Folgenden ÖPNV genannt) zu nutzen. Soweit die Beförderung durch den ÖPNV möglich und zumutbar ist, ist der Anspruch auf Gewährung eines Zuschusses zu einem anderen Beförderungsmittel oder auf Beförderung im Schülerspezialverkehr in der Regel ausgeschlossen.

(2) Soweit die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel nicht möglich oder nicht zumutbar ist, besteht nach Maßgabe dieser Satzung ein Anspruch auf Teilnahme am Schülerspezialverkehr. Auch in diesem Fall ist an den Landkreis ein Eigenanteil zur teilweisen Deckung der damit verbundenen Kosten zu zahlen.

(3) Sind die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und die Teilnahme am Schülerspezialverkehr nicht möglich oder nicht zumutbar, kann auch die Benutzung eines Privatfahrzeugs gestattet werden (i.S. § 8 Abs. 2 der Satzung).

Dies kann ebenfalls in Fällen gestattet werden, in denen die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel möglich und zumutbar wäre. Eine Bezuschussung der Fahrtkosten erfolgt dann jedoch nur nach § 8 Abs. 1 Satz 3.

(4) Der Schüler hat das vom Landkreis bestimmte Beförderungsmittel zu benutzen. Es besteht kein Anspruch auf Beförderung mit einem Beförderungsmittel seiner Wahl.

(5) Der Landkreis kann im Einzelfall Abweichungen von dieser Rangfolge zulassen, wenn dadurch eine wirtschaftlichere Beförderung erreicht wird.

§ 6 Zumutbare Wartezeiten

(1) Die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist zumutbar, wenn die Ankunft an der zuständigen oder nächsterreichbaren Schule in der Regel 45 Minuten vor Beginn des

allgemeinen Unterrichts und die Abfahrt von der Schule in der Regel 60 Minuten nach Ende des Unterrichts erfolgt bzw. nach Ende der Ganztagschule, sofern der betroffene Schüler daran teilnehmen kann.

Zur Vermeidung von zusätzlichen Touren im Rahmen des Schülerspezialverkehrs ist auch eine Wartezeit von 100 Minuten nach Ende des Unterrichts oder der Ganztagschule zumutbar.

(2) Für Schüler ab der Sekundarstufe II ist abweichend von Absatz 1 auch eine um 50 % längere Wartezeit zumutbar; es besteht in der Regel kein Anspruch auf Teilnahme am Schülerspezialverkehr.

Bei Nutzung eines Privatfahrzeugs gilt § 8 Abs. 1 Satz 3.

(3) Bei auftretenden Unterrichtsausfällen besteht kein Anspruch auf Beförderung außerhalb des Fahrplanes des ÖPNV oder im Schülerspezialverkehr. Die dadurch entstehenden Wartezeiten sind keine Wartezeiten im Sinne der Absätze 1 und 2. Dasselbe gilt bei vorübergehenden Verzögerungen oder Ausfällen im ÖPNV (etwa durch Unfälle, Bauarbeiten oder Streiks).

§ 7 Antragsverfahren

(1) Die Gewährung eines Zuschusses bzw. die Beförderung im Schülerspezialverkehr nach dieser Satzung muss schriftlich beim Landkreis beantragt werden. Der Antrag soll unter Verwendung des Antragsformulars spätestens vier Wochen vor Inanspruchnahme der Leistungen nach dieser Satzung gestellt werden. Mit dem Antrag ist das Einverständnis zur notwendigen Weitergabe personenbezogener Daten an das befördernde Verkehrsunternehmen zu erklären.

(2) Der Zuschuss nach dieser Satzung wird frühestens ab dem Monat der Antragstellung gewährt. Maßgebend ist das Datum des Antragseingangs beim Landkreis. Eine rückwirkende Geltendmachung ist ausgeschlossen. Der Anspruch auf Beförderung im Schülerspezialverkehr beginnt erst mit dem Tage der rechtskräftigen Bewilligung, wie im Bescheid festgelegt.

(3) Die Beantragung ist erforderlich:

- a. zu Beginn des Besuches der Jahrgangsstufe 1,
- b. zu Beginn des Besuches der Jahrgangsstufe 7,
- c. zu Beginn des Besuches der Sekundarstufe II,
- d. bei Wohnungs- oder Schulwechsel,
- e. bei Wiederholung einer Jahrgangsstufe,
- f. vor Beginn des Schülerbetriebspraktikums oder des Praxislernens ab der Jahrgangsstufe 9 an Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“,
- g. vor Beginn des Praktikums, das im Rahmen der vollzeitschulischen Ausbildung an beruflichen Schulen durchgeführt wird,
- h. wenn der Schüler erstmals am Schülerspezialverkehr teilnehmen und/oder ein Privatfahrzeug (Pkw, Motorrad, Moped, Fahrrad) nutzen will,
- i. für jedes folgende Schuljahr, wenn der erteilte Bescheid für die Dauer eines Schuljahres befristet ist.

(4) Für Schüler an beruflichen Schulen ist dem Antrag eine Schulbescheinigung und ggf. eine Kopie des Turnusplanes beizufügen. Wird die Ausbildung im dualen System absolviert, ist zusätzlich eine Kopie des Ausbildungsvertrages erforderlich.

(5) Dem Antrag auf Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten der Benutzung eines Privatkraftfahrzeugs ist eine Kopie des vom Schüler erworbenen Führerscheins beizufügen, soweit der Schüler selbst das Fahrzeug führen will.

(6) Die Anspruchsberechtigten sind verpflichtet, dem Landkreis Änderungen von Angaben oder Bedingungen, die für die Entscheidung des Antrages auf Beförderung bzw. Bezuschussung von Bedeutung sein könnten, unverzüglich (spätestens innerhalb von zwei Wochen seit Kenntnis der sich ändernden Tatsachen) schriftlich mitzuteilen. Bei Erlöschen der Anspruchsberechtigung müssen unrechtmäßig erhaltene Fahrtkosten und die vom Landkreis gezahlten Zuschüsse zurückerstattet werden, auch rückwirkend, beginnend mit Ablauf der genannten zweiwöchigen Frist.

(7) Zum Ergebnis der Rechtsanspruchsprüfung wird dem Antragsteller ein Bescheid erteilt.

§ 8

Zuschuss zur Beförderung (ÖPNV und Privatfahrzeug), Eigenanteil

(1) Der Landkreis gewährt einen Zuschuss zu den Kosten der Beförderung im ÖPNV bzw. mit dem Privatfahrzeug. Der Zuschuss wird in Höhe der notwendigen Schülerfahrtkosten abzüglich eines vom Anspruchsberechtigten selbst zu tragenden Eigenanteils gewährt. Sofern ein Anspruch auf Zuschuss zum ÖPNV besteht, kann er in dieser Höhe (abzüglich Eigenanteil) auch dann ausgezahlt werden, wenn der Schüler oder Auszubildende gleichwohl mit einem Privatfahrzeug fährt (vgl. § 5 Abs. 3 Satz 2). Kosten für den Transport von Fahrrädern, Unterrichtsmitteln usw. zählen nur zu den notwendigen Fahrtkosten, wenn das Erreichen der Schule ohne Fahrrad unzumutbar wäre (wenn der Schüler ansonsten zwischen ÖPNV und Schule im Spezialverkehr befördert werden müsste).

(2) Soweit der Landkreis der Nutzung eines Privatfahrzeugs für die Zurücklegung des Schulwegs nach Maßgabe des § 5 Abs. 3 Satz 1 dieser Satzung zugestimmt hat, wird der Zuschuss nur für eine Hin- und Rückfahrt pro Schultag gewährt. Der Berechnung der notwendigen Schülerfahrtkosten werden pro Kilometer der Entfernung

- a. bei der Benutzung eigener Kraftfahrzeuge 0,10 € bis zu einer Höhe von 200,00 €/Monat,
- b. bei der Benutzung des Fahrrades 0,07 €

zu Grunde gelegt, abzüglich des Eigenanteils nach § 8 Abs. 4, 5 oder 6.

(3) Eine Bezuschussung für Mitfahrer erfolgt nach dieser Satzung nicht. Dies gilt auch, wenn Eltern mehr als ein Kind zum gleichen Schulort befördern.

(4) Der Eigenanteil pro Schuljahr beträgt 105,00 € für den ersten zu befördernden Schüler. Der Eigenanteil ermäßigt sich für die weiteren, dem Haushalt des Antragstellers angehörenden Schüler, für die nach dieser Satzung ein Zuschuss oder Beförderung im Schülerspezialverkehr mit entsprechenden Eigenanteilen zu gewähren ist. Der Eigenanteil ermäßigt sich auf 75,00 € für den zweiten und auf 45,00 € für den dritten Schüler. Ab dem vierten Schüler wird der Zuschuss in Höhe der notwendigen Schülerfahrtkosten ohne Berechnung eines Eigenanteils gewährt.

Maßgeblich für die Bestimmung des zweiten und jedes weiteren Schülers ist die Reihenfolge der Bescheiderteilung.

Soweit der Zuschuss nicht für die Dauer eines ganzen Schuljahres beansprucht wird, beträgt der Eigenanteil pro Beförderungsmonat für den ersten zu befördernden Schüler 10,50 €. Der Eigenanteil pro Monat ermäßigt sich auf 7,50 € für den zweiten und auf 4,50 € für den dritten zu befördernden Schüler. Satz 5 gilt entsprechend.

Der Eigenanteil für Schüler in der Heimunterbringung beträgt grundsätzlich 10,50 €/Monat mit der Möglichkeit der Ermäßigung nach Satz 2, sofern es sich um Geschwister handelt. Der Eigenanteil für jeden Gast Schüler beträgt 10,50 €/Monat ohne die Möglichkeit einer Ermäßigung nach Satz 2.

(5) Ergeben sich höhere als die zuschussfähigen Schülerfahrtkosten, so hat der Anspruchsberechtigte die Mehrkosten selbst zu tragen. Diese Mehrkosten können sich ergeben:

- a. durch den Besuch einer anderen als der zuständigen bzw. nächsterreichbaren Schule,
- b. durch die Nutzung eines anderen als des kürzesten verkehrsüblichen Fußwegs oder
- c. durch die Nutzung eines Verkehrsmittels, auf das nach dieser Satzung kein Anspruch besteht.

(6) Abweichend von den Absätzen 4 und 5 beträgt der Eigenanteil für einen Auszubildenden, der eine Ausbildungs- oder Arbeitsvergütung erhält, 65,00 € pro Monat. Dies gilt auch für die Teilnehmer an von der Bundesagentur für Arbeit geförderten Bildungsgängen und für Teilnehmer des II. Bildungsweges, die über ein eigenes Einkommen verfügen. Abweichend von Abs. 4 wird dann ein Zuschuss zu den notwendigen Schülerfahrtkosten eines Monats der Betrag gewährt, der den Betrag von 65,00 € pro Monat übersteigt.

(7) Für die Durchführung des Schülerbetriebspraktikums und des Praxislernens wird ein Zuschuss in Höhe von 50 % der notwendigen Schülerfahrtkosten zum Besuch der Praktikumsstätte bis zu einer Entfernung von 40 km gewährt. Der Zuschuss wird abweichend von Satz 1 in Höhe der notwendigen Schülerfahrtkosten gewährt, wenn für das laufende Schuljahr bereits ein Eigenanteil nach Maßgabe des Absatzes 4 zu tragen war; die Kilometerbegrenzung des Satzes 1 gilt entsprechend.

Der Eigenanteil ist mit der Gewährung des Zuschusses für den ganzen Monat zu zahlen. Die Zahlungspflicht endet mit Ablauf des Monats, in dessen Verlauf der gewährte Zuschuss nicht mehr beansprucht wird; maßgeblich ist der Eingang der schriftlichen Erklärung beim Landkreis.

(8) Bei Verlust von Zeitfahrausweisen wird gegen Entgelt Ersatz vom befördernden Verkehrsunternehmen geleistet.

§ 9

Fälligkeit des Zuschusses und Abrechnungsverfahren

(1) Für einen zusammenhängenden Zeitraum von wenigstens zwei Monaten kann der Anspruchsberechtigte die Auszahlung eines Zuschusses an das jeweilige Verkehrsunternehmen beim Landkreis beantragen, so dass der Anspruchsberechtigte selbst nur den darüber hinausgehenden Teil des Fahrpreises (Eigenanteil) an das entsprechende Verkehrsunternehmen entrichtet. Der Eigenanteil ist zu dem im Bescheid benannten Termin im Voraus zu entrichten.

(2) Der Anspruch auf Auszahlung eines Zuschusses entfällt, wenn der Eigenanteil nicht bis zum im Leistungsbescheid angegebenen Termin eingezahlt wird. Der Anspruch lebt durch nachträgliche Zahlung des Eigenanteils wieder auf, jedoch frühestens nach Eingang des Eigenanteils bei dem zuständigen Verkehrsunternehmen. Soweit die Auszahlung des Zuschusses nicht nach Maßgabe des Absatzes 1 an das befördernde Unternehmen erfolgt, hat der Anspruchsberechtigte die ihm entstandenen notwendigen Schülerfahrtkosten durch die Vorlage der Originalfahrtscheine oder Zahlungsbelege sowie bestehenden Beförderungsverträge nachzuweisen. Bei Nutzung eines Privatfahrzeugs ist für die Abrechnung des Zuschusses ein Bestätigungsvermerk der Schule über die schultägliche Anwesenheit im Abrechnungszeitraum erforderlich. Der Zuschuss wird nach Vorlage der vorgenannten Belege beim Landkreis in der Regel für einen Zeitraum von wenigstens zwei Monaten ausgezahlt.

(3) Die Abrechnungen der Schülerfahrtkosten für das abgelaufene Schuljahr sind nur bis zum darauffolgenden 30.11. des Kalenderjahres möglich; maßgeblich für die Einhaltung der Frist ist der Eingang der Abrechnungsunterlagen beim Schulverwaltungs-, Kultur- und Sportamt des Landkreises.

(4) Der Anspruch auf Gewährung eines Zuschusses entfällt, wenn noch offene Forderungen gegenüber dem Antragsteller bestehen und dieser zahlungsfähig ist. Das Vorliegen von Zahlungsunfähigkeit ist durch die Vorlage eines Sozialleistungsbescheides nachzuweisen.

(5) Die Verpflichtung zur Zahlung eines weiteren Eigenanteils entfällt für den Zeitraum, für den nach Maßgabe des § 11 dieser Satzung für den zu befördernden Schüler bereits ein Eigenanteil zur Beförderung im Schülerspezialverkehr entrichtet wurde.

(6) Die Erstattung förderfähiger Kosten (Zuschuss zu den Kosten des ÖPNV oder zur Nutzung eines Fahrzeuges) erfolgt grundsätzlich durch Überweisung auf ein vom Antragsteller benanntes Konto. Zur eingereichten Abrechnung erfolgt keine gesonderte Information oder Bescheid zur Höhe der Auszahlungssumme oder zum Datum der Erstattung.

(7) Die Rückzahlung eines bereits geleisteten Eigenanteils bei Wegfall des Anspruches auf Bezuschussung (z.B. Wohnortwechsel, Schulwechsel) erfolgt nur nach Rückgabe des Fahrausweises an das Schulverwaltungs-, Kultur- und Sportamt des Landkreises ab dem Monat, ab dem der Schüler die Bezuschussung tatsächlich nicht mehr in Anspruch nimmt. Sofern der Schüler den Schülerfahrausweis für mindestens einen Tag berechtigt nutzt, besteht ein Anspruch auf Rückzahlung des Eigenanteils erst ab dem Folgemonat.

§ 10

Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des Schülerspezialverkehrs

(1) Ist die tägliche Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht möglich oder nach Maßgabe des § 6 nicht zumutbar, kann die Beförderung im Schülerspezialverkehr beantragt werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 besteht kein Anspruch auf Beförderung im Schülerspezialverkehr, wenn der Schüler die zuständige oder die nächsterreichbare Schule tatsächlich nicht besucht und die Beförderung im Schülerspezialverkehr zur besuchten Schule höhere Kosten verursachen würde, als dies beim Besuch der zuständigen bzw. nächsterreichbaren Schule der Fall wäre.

Der Anspruch entfällt auch für Besuche des Schülerbetriebspraktikums oder Praxislernens.

(3) Bei Abweichungen vom Stundenplan (Unterrichtsausfälle oder Unterrichtsverlagerungen) besteht kein Anspruch auf Beförderung im Schülerspezialverkehr. Das gilt auch, wenn die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel nach einem Hortbesuch nicht mehr möglich ist.

(4) Eine dauernde oder vorübergehende Behinderung eines Schülers ist im Regelfall durch die Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung und auf Anforderung durch die Kopie des Schwerbehindertenausweises nachzuweisen. Die Vorlage einer solchen Bescheinigung bewirkt jedoch nicht automatisch einen Rechtsanspruch auf Beförderung im Schülerspezialverkehr.

(5) Ein Anspruch auf eine Einzelbeförderung im Schülerspezialverkehr, auf die Beförderung einer Begleitperson und auf Anpassung von Fahrtzeiten an familiäre Bedürfnisse besteht nicht.

(6) Schüler im Schülerspezialverkehr, mit Ausnahme der Schüler mit dauernder oder vorübergehender Behinderung, haben keinen Anspruch auf Beförderung ab und zu der Wohnung. Für sie gilt der vom Unternehmen festgelegte Sammelpunkt als Haltestelle, wobei sich dieser in einer Entfernung bis zu einem Kilometer von der Wohnung befinden kann.

(7) Die im Schülerspezialverkehr zu befördernden Schüler mit dauernder Behinderung sind von den Personensorgeberechtigten oder deren Beauftragte zu den eingesetzten Fahrzeugen zu begleiten und dort auch wieder in Empfang zu nehmen. Die durch den Landkreis beauftragten Unternehmen legen die Abfahrts- und Ankunftszeiten fest.

(8) Sofern spezielle Rollstühle, Sitzschalen, Kindersitze. benötigt werden, sind diese von den Antragstellern bereitzustellen. Diese müssen für die Beförderung den Sicherheitsrichtlinien entsprechen. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, wird die Beförderung im Schülerspezialverkehr nicht durchgeführt.

(9) Der Anspruch auf Beförderung im Schülerspezialverkehr entfällt, wenn der Eigenanteil auch eine Woche nach Zugang der Mahnung nicht beim Landkreis eingegangen ist. Ferner besteht kein Anspruch, wenn noch weitere offene Forderungen aus der Schülerbeförderung gegenüber dem Antragsteller bestehen und dieser zahlungsfähig ist. Die Zahlungsunfähigkeit ist durch die Vorlage eines Sozialleistungsbescheides nachzuweisen.

§ 11

Eigenanteil zur Beförderung im Schülerspezialverkehr

(1) Die Antragsteller sind verpflichtet, an den Landkreis einen Eigenanteil zu den Kosten der Bereitstellung einer Beförderungsmöglichkeit im Schülerspezialverkehr zu zahlen; sie haften als Gesamtschuldner.

(2) Der Eigenanteil pro Schuljahr beträgt 105,00 € für den ersten zu befördernden Schüler. Der Eigenanteil ermäßigt sich auf 75,00 € für den zweiten und auf 45,00 € für den dritten Schüler im Haushalt des Abgabenschuldners, für den nach dieser Satzung ein Zuschuss oder Beförderung im Schülerspezialverkehr mit entsprechenden Eigenanteilen zu gewähren ist. Ab dem vierten Schüler wird kein Eigenanteil mehr erhoben.

Maßgeblich für die Bestimmung des zweiten und jedes weiteren Schülers ist die Reihenfolge der Bescheiderteilung.

Soweit die Beförderungsmöglichkeit im Schülerspezialverkehr nicht für die Dauer eines ganzen Schuljahres bereitgestellt wird, beträgt der Eigenanteil pro Beförderungsmonat für den ersten anspruchsberechtigten Schüler 10,50 €. Dieser Betrag ermäßigt sich auf 7,50 € für den zweiten und auf 4,50 € für den dritten anspruchsberechtigten Schüler im Haushalt des Abgabenschuldners. Satz 3 gilt entsprechend. Der Eigenanteil für Schüler in der Heimunterbringung beträgt grundsätzlich 10,50 €/Monat mit der Möglichkeit der Ermäßigung nach Satz 2, sofern es sich um Geschwister handelt.

Der Eigenanteil für jeden Gast Schüler im Sinne des § 3 Absatz 3 beträgt für den Abgabenschuldner grundsätzlich 10,50 €/Monat ohne die Möglichkeit einer Ermäßigung.

(3) Abweichend von Absatz 2 beträgt der Eigenanteil für einen Auszubildenden, der eine Ausbildungs- oder Arbeitsvergütung erhält, 65,00 € pro Monat.

(4) Abweichend von Absatz 1 hat der nach § 10 anspruchsberechtigte Schüler mit Vollendung des achtzehnten Lebensjahres den Eigenanteil nach Absatz 2 oder 3 zu tragen.

(5) Die Verpflichtung zur Zahlung eines weiteren Eigenanteils entfällt für den Zeitraum, für den nach Maßgabe des § 8 dieser Satzung für den im Schülerspezialverkehr zu befördernden Schüler ein Zuschuss zu den notwendigen Schülerfahrtkosten unter Berücksichtigung eines Eigenanteils zu gewähren ist.

(6) Die Rückzahlung eines bereits geleisteten Eigenanteils bei Wegfall des Anspruches auf Schülerbeförderung (z.B. Wohnortwechsel, Schulwechsel) wird ab dem Monat gewährt, ab dem der Schüler tatsächlich nicht mehr an der Beförderung teilgenommen hat. Sofern der Schüler an mindestens einem Tag des Monats befördert wurde, besteht ein Anspruch auf Rückzahlung des Eigenanteils erst ab dem Folgemonat.

§ 12

Entstehung, Änderung, Beendigung und Fälligkeit der Eigenanteile bei der Beförderung im Schülerspezialverkehr, Zahlungspflicht

(1) Die Verpflichtung zur Zahlung des Eigenanteils entsteht mit Zugang des Bescheides, mit dem der Anspruch auf Beförderung im Schülerspezialverkehr zuerkannt wird, spätestens jedoch mit der tatsächlichen Inanspruchnahme der Beförderungsleistung. Der Eigenanteil ist mit der Bereitstellung der Beförderungsmöglichkeit für den ganzen Monat zu zahlen. Die Zahlungspflicht endet mit Ablauf des Monats, in dessen Verlauf die Beförderung im Schülerspezialverkehr nicht mehr beansprucht wird; maßgeblich ist der Eingang der schriftlichen Erklärung beim Landkreis.

(2) Die Eigenanteile sind zum 15.09. und 15.03. des für die Beförderung maßgeblichen Schuljahres in zwei Teilbeträgen jeweils für das laufende Kalenderjahr zur Zahlung fällig.

(3) Hatte der Schuldner des Eigenanteils bis zur Bekanntgabe des Abgabenbescheides keine Vorauszahlungen nach Absatz 2 zu leisten, so hat er diejenigen Anteile, die sich nach dem bekannt gegebenen Bescheid für die vorangegangenen Fälligkeitstage ergeben, innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides zu entrichten.

§ 13

Ordnungsbestimmungen

(1) Während der Beförderung hat sich der Schüler so zu verhalten, dass keine Personen gefährdet werden.

Erfolgt dies nicht, hat der Personensorgeberechtigte während der Beförderung die Fürsorge und Aufsichtspflicht direkt wahrzunehmen oder eine geeignete Person dazu zu bevollmächtigen. Andernfalls kann der Schüler von der Schülerbeförderung ausgeschlossen werden.

(2) Der vorübergehende Ausschluss für mehr als 5 Unterrichtstage darf erst angeordnet werden, wenn zuvor der Ausschluss bis zu 5 Unterrichtstagen keine Verhaltensänderung bewirkt hat. In besonders schweren Fällen von Gefährdung der Sicherheit, insbesondere bei Gefahren für Leben und Gesundheit anderer, können Schüler, ohne dass eine Abmahnung erforderlich wäre, von der Beförderung ausgeschlossen werden.

(3) Ein Anspruch auf Fahrtkostenerstattung gegenüber dem Landkreis besteht dann nicht. Für die begleitende Person entsteht aus der Begleitung kein finanzieller Anspruch gegen den Landkreis.

§ 14

In-Kraft-Treten / Außer-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt zum 20.07.2017 in Kraft.

Gleichzeitig treten die Satzung des Landkreises Märkisch-Oderland zur Schülerbeförderung vom 21.03.2012 sowie die Erste Schülerbeförderungsänderungssatzung vom 15.04.2015 außer Kraft.

Seelow, den 18.05.2017

G. Schmidt
Landrat

Bekanntmachungen anderer Stellen

Öffentliche Bekanntmachung nach § 41 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) des Wasser- und Bodenverbandes „Welse“ – Gewässerunterhaltungsarbeiten

Der Wasser- und Bodenverband „Welse“ gibt hiermit bekannt, dass in der Zeit vom 22.05.2017-17.11.2017 an den Verbandsgewässern (Gewässer II. Ordnung) Unterhaltungsarbeiten entsprechend des Unterhaltungsplanes 2017 durchgeführt werden.

Der Plan liegt ab sofort zur Einsichtnahme in der Geschäftsstelle des Verbandes, zu den Geschäftszeiten Montag - Donnerstag 09.00 - 15.00 Uhr, sowie Freitag von 09.00 - 13.00 Uhr, aus.

Zum Zeitpunkt der Gewässerunterhaltungsarbeiten haben die Eigentümer oder Nutzer von Anliegergrundstücken und der Gewässergrundstücke den ausführenden Firmen sowie den Dienstkräften des Verbandes Zutritt zu diesen Gewässern sowie die notwendige Bau- und Ausführungsfreiheit an den Gewässern zu gewähren. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass Anlieger und Hinterlieger das Einebnen und damit das Ablagern von Mähgut zu dulden haben.

Wir bitten darum, parallel zu den Gewässern einen 5 m breiten Streifen für die maschinelle Unterhaltung freizuhalten. Erhöhen sich die Kosten der Unterhaltung, behält sich der Verband vor, dass die Mehrkosten vom Verursacher zu ersetzen sind.

Die gesetzlichen Grundlagen bilden die §§ 38 - 41 WHG vom 31.07.2009 (BGBl. 1 S. 2585), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 04.08.2016 (BGBl. I S. 1972) sowie die Landesbestimmungen Wassergesetz (BbgWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 02.03.2012 (GVBl. I/12 [Nr. 20] zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 8 des Gesetzes vom 25.01.2016 (GVBl. I/16 [Nr. 15])).

Passow, den 30.03.2017

gez.
Ch. Schmidt
Geschäftsführerin
Wasser- und Bodenverband „Welse“

Bekanntmachung des Gesamthaushaltes des Wasser- und Bodenverbandes „Welse“ für das Jahr 2017

Der vorstehende Gesamthaushalt des Wasser- und Bodenverbandes „Welse“ für das Jahr 2017 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Haushaltsplan 2017 liegt ab dem 09.05.2017 zur Einsichtnahme im Verbandssitz des Wasser- und Bodenverbandes „Welse“, Schwedter Straße 31 in 16306 Passow an Arbeitstagen (Montag – Freitag) in der Zeit von 09.00 - 13.00 Uhr aus.

Passow, den 08.05.2017

gez.
Ch. Schmidt, Geschäftsführerin

Gesamthaushalt

des Wasser- und Bodenverbandes „Welse“ für das Haushaltsjahr 2017

Auf der Grundlage des § 65 Wasserverbandsgesetz, des § 6 Gesetz über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden, sowie des § 27 i.V.m. § 28 der Verbandssatzung in den zur Zeit gültigen Fassungen wird folgender Haushaltsplan für den Wasser- und Bodenverband „Welse“ für das Jahr 2017 von der Verbandversammlung festgesetzt.

1. Alle im Haushaltsjahr für die Erfüllung der Aufgaben des Verbandes regelmäßig wiederkehrenden und laufenden Einnahmen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben gemäß § 27 Abs. 2 Buchstabe a der Verbandssatzung

Einnahmen 3.581.700,00 Euro

Ausgaben 3.582.000,00 Euro

2. Festsetzung des Jahresflächenbeitrages gemäß § 27 Abs. 2 Buchstabe b der Verbandssatzung 9,50 Euro pro Hektar

Der Beitrag ist in der Regel gemäß § 32 Abs. 3 der Verbandssatzung in vier gleichen Raten pro Jahr zu zahlen und wird zum

15.06.2017 I. und II. Rate

15.08.2017 III. Rate

15.10.2017 IV. Rate

fällig.

3. Kostenbeteiligungen von Vorteilhabenden, Zuwendungen und sonstige Erträge gemäß § 27 Abs. 2 Buchstabe c der Verbandssatzung

1.095.000,00 Euro

4. Entnahme aus der finanziellen Rücklage und Zuführung von finanziellen Mitteln in die Rücklagen gemäß § 27 Abs. 2 Buchstabe d der Verbandssatzung

Entnahmen aus der finanziellen Rücklage

- Allgemeine Rücklage 300,00 Euro
- Rücklage Bauhof 0,00 Euro

Zuführungen in die Rücklagen

- Allgemeine Rücklage 0,00 Euro
- Rücklage Bauhof 0,00 Euro

5. Festsetzung der zulässigen Höhe über- und außerplanmäßiger Ausgaben und Festsetzung einer Erheblichkeitsschwelle für über- und außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 27 Abs. 2 Buchstabe e

Die zulässige Höhe der über- und außerplanmäßigen Ausgaben wird auf 500.000,00 Euro festgesetzt.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben sind erheblich, wenn sie den Betrag von 100.000,00 Euro überschreiten. Gemäß § 29 Abs. 3 der Verbandssatzung entscheidet bis zur Höhe von 100.000,00 Euro der Geschäftsführer, darüber hinaus der Verbandsvorstand.

6. Festsetzung der Höhe von Kassenkrediten und Darlehen gemäß § 27 Abs. 2 Buchstabe f der Verbandssatzung

Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2017 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden, dürfen einen Höchstbetrag von 350.000,00 Euro nicht übersteigen.

Gesamtbetrag der Darlehen (01.01.2017) 0,00 Euro

Passow, den 08.05.2017

gez.Krause Verbandsvorsteher

Impressum

Herausgeber: Landkreis Märkisch-Oderland
Der Landrat
Redaktion: Büro des Kreistages
Puschkinplatz 12
15306 Seelow
Tel.: 03346 850-6010
Fax: 03346 850-6019
E-Mail: buero_kreistag@landkreismol.de
AZ: 10.26.12

Bezugsmöglichkeiten und -bedingungen:

Das Amtsblatt für den Landkreis Märkisch-Oderland erscheint nach Bedarf. Es kann im Büro des Kreistages, 15306 Seelow, Puschkinplatz 12, bezogen werden. Bei Selbstabholung wird das Amtsblatt kostenfrei abgegeben; bei postalischem Bezug sind die Versandkosten zu erstatten. Das Amtsblatt kann auch gegen Erstattung der Versandkosten abonniert werden. Das Abonnement gilt für ein Kalenderjahr und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 30. November des Vorjahres gekündigt wird. Das Amtsblatt steht außerdem zum kostenlosen Herunterladen und Ausdrucken im Internet unter der Adresse www.maerkisch-oderland.de zur Verfügung.